

Pressemitteilung

Minusrunde verschärft Finanzprobleme der Krankenhäuser

Mainz, 19. September 2003 - Das Finanzloch der Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz wird immer größer. Nach der vom Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (BMGS) bekannt gegebenen Veränderungsrate für das Jahr 2004 dürfen die Krankenhausbudgets im kommenden Jahr nur um 0,02 % steigen. Dem gegenüber stehen jedoch allein im Personalbereich Kostenzuwächse von 2,8 % aufgrund der linearen und strukturellen Tarifsteigerungen. Hinzukommen weitere Personalkostensteigerungen um bis zu 1,5 % (Altersstufensteigerungen und Mehrkosten Zusatzversorgung). Verschärfend wirkt zudem die geplante Kürzung der Krankenhausrechnungen durch die Krankenkassen um 1 % für die integrierte Versorgung im Zuge der anstehenden Gesundheitsreform.

Der Vorsitzende der Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz e. V., Dr. Frank Rippel, kritisierte, dass die Veränderungsrate in Verbindung mit dem 1%-igen Abzug für die Krankenhäuser in Wahrheit eine Minusrunde bedeute. Allein für 2004 entstehe eine Finanzierungslücke für die Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz in Höhe von 85 Millionen Euro. Es sei für jeden nachvollziehbar, dass diese Lücke von den Kliniken nicht ohne Weiteres geschlossen werden könne. Einspar- und Umstrukturierungsmaßnahmen könnten hierzu nur bedingt beitragen.

"Ich kann mir nicht vorstellen", so Dr. Rippel, " wie diese enormen finanziellen Mehrbelastungen von den Klinken getragen werden sollen. Gerade in der schwierigen Phase der Umstellung auf ein neues Entgeltsystem, die Einführung der DRGs, wird hier den Krankenhausmitarbeitern nahezu Unmögliches abverlangt."

Weitere Finanzierungsprobleme werden durch den Wegfall des "Arztes im Praktikum (AiP)" ab dem Wintersemester 2004/2005 entstehen. Auch die finanziellen Folgen des jüngsten EuGH-Urteils zum Bereitschaftsdienst seien insbesondere für kleinere und mittlere Krankenhäuser in ländlichen Regionen derzeit kaum absehbar. Infolge des Urteils ist der Bereitschaftsdienst zukünftig vollständig als Arbeitszeit zu behandeln.

Dr. Rippel forderte die Politik zur Unterstützung der Krankenhäuser auf: "Es kann nicht sein, dass die Probleme im Bereich der Finanzierung im Gesundheitswesen auf dem Rücken der Krankenhäuser und ihrer Mitarbeiter ausgetragen werden. Bei der Bewältigung der Aufgaben, die durch die Anhäufung von Finanzbelastungen entstehen werden, darf die Politik die Kliniken nicht im Regen stehen lassen."

Die 1949 gegründete Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz e.V. (KGRP) hat nach dem Sozialgesetzbuch und ihrer Satzung insbesondere die Aufgabe, die Krankenhäuser bei den jährlichen Budgetverhandlungen zu begleiten, landesweit geltende Vereinbarungen und Verträge mit Krankenkassenverbänden und Kassenärztlichen Vereinigungen abzuschließen. Sie vertritt die Interessen der Mitgliedskrankenhäuser gegenüber dem Land, der Politik und weiteren Institutionen.

Die KGRP hat 98 Mitgliedskrankenhäuser mit rund 27.000 Betten.

Der Gesamtumsatz der rheinland-pfälzischen Krankenhäuser beträgt etwa 2,4 Mrd. EUR im Jahr. In den Kliniken werden jährlich etwa 800.000 Patientinnen und Patienten behandelt.

Ansprechpartner: Andreas Wermter, Referent der KGRP,

Tel.: 06131/28695-35; Fax: 2869595; e-mail: a.wermter@kgrp.de.